

**Workshop: Bildungspolitik in einer säkularen Gesellschaft. Was heißt das noch konkreter?**  
Religiöse Pluralisierung und drastischer Rückgang der konfessionellen Bindungen erfordert integrative Religionskunde und einen gemeinsamen Unterricht über Werte.

Moderation: Gerhard Lein und Johannes Schwill

Die ca. 10 Teilnehmer\*innen aus verschiedenen Bundesländern machten sich zunächst untereinander bekannt und stellten große Unterschiede bei ihren Erfahrungen und Erwartungen fest. Zugleich war man sich einig, dass Schule und Bildung zentrale Schlüssel zu einem säkularen Weltverständnis bilden.

Zentrale Aussagen zur Bildungspolitik unseres Antrags zum Bundesparteitag „Gleichberechtigte Teilhabe der Religionsfreien in Staat und Gesellschaft“ sind zunächst ein wichtiger Ausgangspunkt zur Weiterarbeit. Hier können wir ansetzen.

Säkulare Alternativen oder sogenannte „Pflichtersatzfächer“ zum traditionellen Religionsunterricht (RU), der nach GG Art. 7,3 in nahezu allen Bundesländern in Form eines Säulen-Modells angeboten wird, sind Ethik, Werte und Normen oder praktische Philosophie – allerdings noch keineswegs flächendeckend in allen Schulformen. In Berlin gibt es die humanistische Lebenskunde vom HVD mit dem Status eines weltlichen Bekenntnisfaches.

Als Integrationsfach konzipiert wurde das Fach LER (Lebengestaltung-Ethik-Religionskunde) in Brandenburg. Erste Anläufe zu einem gemeinsamen Religionsunterricht sind der multi-religiöse Hamburger RUFA sowie der konfessionell-kooperative Unterricht z. B. in NRW oder Niedersachsen. Die Praxis differiert stark von Land zu Land und von Schulform zu Schulform.

Die Hauptprobleme des Säulenmodells sind: Im Religionsunterricht – und genauso in seinen weltlichen Alternativen – wird allenfalls übereinander geredet, aber nicht miteinander gelernt. Große Schwierigkeiten zeigen sich bei den Versuchen einzelner Bundesländer, der wachsenden Gruppe muslimisch geprägter Schüler\*innen ein eigenständiges (separates?) Angebot vor dem Hintergrund unseres Verfassungsanspruchs zu machen. Ein inneres Problem des Bekenntnis-Unterrichts ist, dass Religionen kaum noch im häuslichen Umfeld gelebt werden; religiöse Primärsozialisierungen und Werteorientierungen werden an die Schule delegiert.

Angesichts der rapide anwachsenden Zahl der Konfessionsfreien und der zugleich zunehmenden religiösen Pluralisierung wird die Forderung nach einem gemeinsamen integrativen Fach immer drängender. Ein entsprechender Antrag wurde dem Bundesparteitag von der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) vorgelegt.

Ein rechtssicherer Weg zu neuen Lösungen könnte neben den freiwilligen Kooperationen oder einem epochalen Alternieren zwischen Säulenfächern und integrativem Brückenfach die Option einer bekenntnisfreien Schule sein, die im GG Art.7,3 zwar genannt, jedoch bislang in keinem Bundesland landesrechtlich abgesichert ist. Hier wäre der Weg frei für einen gemeinsamen Unterricht über Werte und Religionskunde. Auch ein solcher Antrag der AfB liegt dem Bundesparteitag vor.

Einige Diskussionsteilnehmer plädierten als Nahziel für eine Priorisierung der flächendeckenden Einführung der jeweiligen Alternativfächer, bevor man über ein Integrationsfach nachdenken könne. Gerne angesprochen hätten wir noch den Hochschulbereich (u. a. theologische Fakultäten, Lehrer- und Imamausbildung) und den Bereich der frühkindlichen Erziehung, aber auch weitere Problemfelder wie z. B. Schulgottesdienste. Aber wie so oft: Die Zeit reichte nicht aus, um alle bildungspolitisch relevanten Themen aufzugreifen.

Die Diskussion soll in Online-Arbeitsgruppen des AKSH fortgesetzt werden.

Interessent\*innen bitte an Gerhard Lein wenden!

Bei Interesse kann das umfangreiche ausgelegte Material angefordert werden.